10 Anträge (schriftlich)

10.1 Sitzbank Annabach / Reparatur und stabilere Positionierung (GR Lenartitsch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Naherholung und dabei speziell den fußläufig erreichbaren Möglichkeiten, Natur zu erleben, kommt immer größere Bedeutung zu: Dazu gehört aber auch, sich ausrasten zu können – vor allem wissen es unsere Mitbürger:innen, die nicht mehr ganz so gut zu Fuß unterwegs sind, sehr zu schätzen, entlang von Spazierwegen die eine oder andere Sitzbank vorzufinden. Umso bedauerlicher ist es dann, wenn eine Sitzbank, wie jene im Bereich Annabach zwischen Oberer und Unterer Teichstraße, in einem derart schlechten Zustand ist, dass sie selbst bei ordnungsgemäßer Benutzung in den Bach zu kippen droht: Von Erholung könnte da im schlimmsten Fall keine Rede mehr sein, dieses Bankerl stellt eher eine Gefährdung dar – eine Reparatur, ein Austausch und eine stabilere Positionierung oder aber eine Entfernung wären dringend angebracht.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz mögen raschest dafür Sorge tragen, dass – sofern besagte Sitzbank im Eigentum der Stadt Graz ist – diese repariert bzw. durch eine neue ersetzt und vor allem dergestalt aufgestellt wird, dass sie sicher benutzt werden kann. Falls die Bank nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fällt, möge der

verantwortliche Eigentümer/die verantwortliche Eigentümerin aufgefordert werden, entsprechend tätig zu werden.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.2 Erhöhung der Verkehrssicherheit und Bewegungsfreiheit für Kinder, Schüler:innen und Lehrer:innen sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität rund um die VS Hirten, die MS Fröbel und das BRG Modellschule (GR Topf, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Aufgrund von langjährigen Verkehrssicherheitsproblemen im Umfeld der genannten drei Schulen und aus Anlass einer von einem Taxilenker durch einen Verkehrsunfall verletzten Modellschullehrerin sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Verkehrssicherheit sowie die Bewegungsfreiheit für Kinder und Lehrer:innen zu erhöhen und die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich zu verbessern.

Im Rahmen einer Bachelorarbeit der FH Joanneum wurden bereits erste Vorarbeiten unternommen und Vorschläge zu einer Verbesserung entwickelt, die mit den Schulleitungen abgesprochen wurden.

Diesbezüglich wurden Maßnahmen auf Basis mehrheitlich angenommener Anträge in den Sitzungen des Bezirksrates Lend vom 12.11.2019 und 22.02.2022 vorgeschlagen (z.B. verkehrsberuhigte Bereiche, Begegnungszonen, Schulstraßen, Verlegung des Taxistandplatzes aus dem Schulvorbereich etc.).

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, zu prüfen, in welcher Form Maßnahmen ergriffen und umgesetzt werden können, um die Verkehrssicherheit sowie die Bewegungsfreiheit für Kinder und Lehrer:innen zu erhöhen und die Aufenthaltsqualität im Bereich der Volksschule Hirten, der Mittelschule Fröbel und des Realgymnasiums Modellschule zu verbessern.

Über das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung zu berichten.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.3 Gleiche Förderung des Klimatickets Steiermark für ALLE Grazer:innen (GR Leban-Ibrakovic, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In den vergangenen zwei Jahren haben wir bereits in mehreren Initiativen die Förderung der Stadt Graz für alle Bewohner:innen der Stadt beim Erwerb des Klimatickets Steiermark im Sinne des Gleichheitsgrundsatz gefordert.

Nach mehrmaliger Urgenz wurde die Förderung auf die Klimatickets Spezial, Senior und Jugend ausgeweitet.

Allerdings wird das Klimaticket Classic mit €100,00 und die Tickets Spezial und Senior/Jugend mit nur € 75,00 gefördert.

Vermehrt erreichen uns nun die Stimmen von Menschen mit Behinderung, die sich durch das ungleiche Fördermodell benachteiligt finden.

Die Förderung der Stadt Graz soll im gleichen Maße allen Grazer:innen mit
Hauptwohnsitz in Graz zur Verfügung gestellt werden, unabhängig davon, welcher
Grundpreis das Ticket hat, welcher durch das Land Steiermark festgesetzt wird.

Unglücklicherweise kam es auch zu einem Kommunikationsfehler auf der Website der Holding bzw. der Verbundlinie, die die Diskussion noch mehr entfacht hat.

Auf dieser ist die Förderung mit €100,00 auch für das Ticket Spezial beschrieben worden. Allerdings konnte man am Kaufpreis sehen, dass nur € 75,00 als Förderung berücksichtig wurden.

Diese Ungenauigkeit wurde bereits von mir mit den zuständigen Stellen geklärt.

Deswegen stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs den

ANTRAG

Herr Finanzstadtrat Manfred Eber möge prüfen, ob die Fördersumme des Klimatickets Steiermark für ALLE Grazer:innen mit Hauptwohnsitz in Graz auf €100,00 angepasst werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.4 Haus Graz – Barrierefreiheit und induktive Höranlage (GR Leban-Ibrakovic, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Durch den einstimmigen Beschluss der Inklusionsstrategie hat sich die Stadt Graz selbst hohe Ziele zur Barrierefreiheit gesteckt. Ein wichtiger Teil der Barrierefreiheit ist es, öffentliche Veranstaltungen und Gebäude allen Menschen zugänglich zu machen. Dies betrifft vor allem Locations der Stadt Graz oder deren Beteiligungen, in welchen zahlreich große Veranstaltungen unterschiedlicher Art stattfinden.

Ob Schauspielhaus, Opernhaus, Congress, Stadthalle & Co – alle Veranstaltungsorte sollten einer kritischen Würdigung in Bezug auf Barrierefreiheit unterzogen und wichtige Maßnahmen gesetzt werden, um eine leichtere Zugänglichkeit und eine einladende Wirkung zu verstärken.

Im Besonderen geht es um die Installation von induktiven Höranlagen vor allem in jenen Örtlichkeiten, in denen Kunst, Kultur oder Vorträge stattfinden. Mit einer induktiven Höranlage wäre somit auch Menschen mit einem induktiven Hörgerät ein kultureller Genuss oder ein gut verständlicher Vortrag möglich.

Im Besonderen möchte ich noch einmal auf den Stadtsenatssitzungssaal aufmerksam machen, dessen induktive Höranlage dringend um ein Mikrofon ergänzt werden muss, damit die Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderung auch für jene mit induktivem Hörgerät gut verständlich abgehalten werden können.

Deswegen stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

1.) Die zuständigen Stellen sollen die Lokalitäten sowie die Beteiligungen der Stadt Graz auffordern, die jeweilige örtliche Begebenheit auf Barrierefreiheit zu überprüfen und einen Bericht darüber zu erstellen.

Die Überprüfung soll insbesondere die baulichen Gegebenheiten, aber auch die Barrierefreiheit für sehbehinderte Menschen beinhalten.

2.) Die Verantwortlichen der angesprochenen Immobilien sollen aufgefordert werden, die Kosten und Möglichkeiten für eine induktive Höranlage zu erheben und wenn möglich, diese Installation umzusetzen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.5 Kontextualisierung von symbolischen Karl-Renner-Würdigungen (GR Brandstätter, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am 9.11.2023 wurde mein Antrag "Zusatztafel bei Dr. Karl Renner Büste im Herbersteinpark" beantwortet. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass "das Ergebnis dieser Überprüfung zeigt, dass im Zuge weiterer Kontextualisierungsmaßnahmen am Schloßberg die Büste von Dr. Karl Renner mit einer Erläuterung versehen werden könnte".

In den angefügten biografischen Erläuterungen heißt es unter anderem: "In seinen Reden und Äußerungen verstärkte er den latenten und bei zahlreichen Politikern der

Zwischenkriegszeit bemerkbaren Antisemitismus, wenn er im Parlament vom jüdischen Großkapital sprach oder einen Spezialminister für Judenfragen forderte (ob ironisch oder nicht). Renner befürwortete, wie die gesamte Sozialdemokratie bis zur Machtübernahme Hitlers im Jänner 1933 den Anschluss Österreichs an das demokratische Deutschland [...]."

Und: "Zwar hatte er als Bundespräsident wenig Möglichkeiten auf die konkrete Politik Einfluss zu nehmen, bemerkenswert ist dennoch, dass von ihm nach 1945 keine Stellungnahmen zur Verfolgung und Ermordung österreichischer Juden überliefert sind, auch wenn man konzidieren könnte, dass er damit möglicherweise Österreich von Reparationen und Wiedergutmachungszahlungen verschonen wollte. Diese sollten, wenn überhaupt, dann nicht an einzelne jüdische Opfer, sondern an Fonds geleistet werden. Damit würde, wie er meinte, ein "massenhaftes, plötzliches Zurückfluten der Vertriebenen" hintangestellt werden. Renner stand zur von den Alliierten offerierten und bald von allen Parlamentsparteien vertretenen Staatsdoktrin: "Österreich das erste Opfer Hitlers". Da war kein Platz mehr für eine Mitverantwortung am NS-Regime und am Krieg."

Diese Antwort muss zum Anlass genommen werden, alle symbolischen Würdigungen von Karl Renner in Graz einer kritischen Betrachtung zuzuführen und eine Kontextualisierung vorzunehmen.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Antrag:

- Es möge überprüft werden, ob symbolische Würdigungen abseits der Büste und der Dr. Karl-Renner-Schule in Graz vorhanden sind.
- Es möge ein Entwurfstext für eine etwaige Kontextualisierung erstellt werden, die an den genannten symbolischen Würdigungen und etwaigen anderen symbolischen Würdigungen angebracht werden könnte.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.6 Integration von QR-Codes in städtische Erlagscheine im Rahmen der "Digitalen Stadt" (GR Stücklschweiger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien hat unsere Gesellschaft in den letzten Jahren stark beeinflusst und verändert. In diesem Kontext möchten wir darauf aufmerksam machen, wie eine sinnvolle Anpassung unserer städtischen Dienstleistungen an diese Entwicklungen auch im Kleinsten dazu beitragen kann, das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger in Graz zu vereinfachen und effizienter zu gestalten.

Gerade im Zeitalter von Smartphones und mobilen Apps, die mittlerweile von allen Generationen verwendet werden, müssen wir Prozesse kontinuierlich modernisieren und an die Bedürfnisse der digitalen Ära, und damit an die Bedürfnisse der Grazerinnen und Grazer anzupassen.

Eine benutzerfreundlichere Herangehensweise im Bereich des Zahlungsverkehrs ist es, auf städtischen Erlagscheinen, beispielsweise für Überweisungen der Hausge-bühren, einen QR-Code abzubilden, der Überweisungsdaten durch einen Scan auto-matisch in die Datenmaske überträgt.

Die Integration von QR-Codes in städtische Erlagscheine hätte mehrere Vorteile:

- 1. Zeitersparnis für Bürger und Bürgerinnen: Diese könnten ihre Zahlungen bequem über ihre Mobilgeräte vornehmen, indem sie den QR-Code scannen, anstatt manuell Informationen einzugeben.
- 2. Fehlerreduktion: Die Verwendung von QR-Codes minimiert menschliche Fehler bei der Eingabe von Zahlungsinformationen.
- 3. Effiziente Datenverarbeitung: Die Verwaltung könnte Zahlungen schneller und effizienter verarbeiten, da die Daten direkt aus dem QR-Code gelesen werden können.
- 4. Förderung der "Digitalen Stadt": Die Integration von QR-Codes in Erlag-scheine unterstützt die Vision einer digitalen und modernen Stadtverwaltung.

Aus diesen Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Machbarkeit der Integration von QR-Codes auf städtischen Erlagscheinen ehestmöglich prüfen und bei positiver Bewertung dieses Vorhabens alle Schritte und Maßnahmen für eine zeitnahe Umsetzung setzen.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Umsetzung Kreisverkehr Petrifelderstraße / Neufeldweg / Karl-Huber-Gasse (GR Potzinger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Kreuzung Petrifelderstraße/Neufeldweg/Karl-Huber-Gasse ist gefährlicher Unfallund Ausgangspunkt für häufige Staubildung.

Seit Jahren wird dieser Umstand von rührigen Bürgerinitiativen und dem Bezirksrat St.

Peter und Liebenau thematisiert und versucht in Form von Bezirksratsanträgen einer
Lösung zuzuführen.

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Judith Schwentner versicherte in einem Artikel der Wochenzeitung "der Grazer" im Februar 2023, dass die Umsetzung des seit Jahren geforderten Kreisverkehrs unmittelbar bevorstehe: "Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ist mir sehr wichtig. Daher werden wir die Situation am Neufeldweg so schnell wie möglich entschärfen und mit einem Kreisverkehr wesentlich verbessern". Diesem Versprechen an die vielen Betroffenen rund um die Petrifelderstraße, den Neufeldweg und der Karl-Huber-Gasse ist auch ein ganzes Jahr später keinerlei Tat gefolgt. Vizebürgermeisterin Schwentner findet sich hier aber bedauerlicherweise in prominenter Gesellschaft.

Schon im November 2018 versprach die damalige Verkehrsreferentin Elke Kahr bei einem Lokalaugenschein vor Ort, dass sie in ihrer damaligen Zuständigkeit den auch vom Bezirksrat St. Peter und Liebenau wiederholt geforderten Kreisverkehr ganz sicher umsetzen werde.

Die betroffenen und durch die Verkehrssituation gefährdeten Anwohner haben sich statt gebrochener Versprechen aber nun endlich die längst überfällige Einrichtung dieses Kreisverkehrs verdient.

Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgende

Antrag:

- 1. Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, unmittelbar tätig zu werden, um den versprochenen Kreisverkehr noch im Jahr 2024 umzusetzen!
- 2. Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, detailliert zu berichten, welche Umstände dazu geführt haben, dass der bereits 2018 versprochene Kreisverkehr bislang nicht gebaut wurde!
- 3. Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, der betroffenen Bevölkerung bei neuerlicher Verzögerung des Baus für den Kreisverkehr in einer Bezirksversammlung über die Gründe des Versäumnisses zu berichten!

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.8 Überprüfung der sozialen Treffsicherheit des Angebots der Grazer Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

Eine aktuelle Studie vom European University Institute nahe Florenz kommt zu dem Schluss, dass sozial benachteiligte Kinder am meisten von der institutionellen Kinderbetreuung (in Kinderkrippen und Kindergärten) profitieren. Das Problem ist aber:

Kinder aus sozial schwächeren Familien besuchen - zumindest im Untersuchungsgebiet Deutschland - deutlich seltener Kindergärten oder Krabbelstuben als jene aus bessergestellten Elternhäusern

(vgl.: https://www.derstandard.at/story/300000203372/sozial-benachteiligte-kinder-profitieren-am-meisten-vom-kindergarten).

Das Österreich nicht gerade zum Musterland der institutionellen Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern zählt, ist hinlänglich bekannt. Gerade im Bereich der frühkindlichen Betreuung kämpfen die Anbieter seit Jahren mit Personal- und Geldmangel. Ein Umstand, der Österreich im internationalen Vergleich weiter zurückfallen lässt. Während der EU-Rat bis 2030 eine Betreuungsquote von 45 Prozent (Barcelona-Ziel) der Kinder unter drei Jahre empfiehlt, erreichte Österreich im Betreuungsjahr 2022/23 erst 29,9 Prozent. (vgl. https://science.apa.at/powersearch/9577397563208047822#:~:text=An%20%C3%96sterreichs%20Kinderbetreuungs quote%20ist%20wieder,Erziehung%20teilnehmen%2C%20so%20die%20Empfehlung und https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/kindertagesheime-kinderbetreuung).

In Graz werden im Bedarfsfall - so wie heute mit der Änderung im Tarif- und Fördersystem in der Kinderbildung und -betreuung der Stadt Graz - immer wieder Maßnahmen getroffen, um Verbesserungen in der institutionellen Kinderbetreuung herbeizuführen (vgl.: GZ ABI-002631/2003/0333). Dabei wird primär auf die Kosten für Mieten, Energie und Personal geachtet und wohl auch darauf, dass die Betreuungsquoten insgesamt dort gehalten werden können, wo sie noch vergangenes Jahr standen. Doch ob die getroffenen Maßnahmen auch in Hinblick auf ihre soziale Treffsicherheit Wirkung zeigen, wird nicht überprüft. Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß §17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

schriftlichen Antrag:

• Die zuständigen Stellen werden beauftragt, bis spätestens September 2024 und auf Basis wissenschaftlicher Standards das Angebot der Grazer Kinderbildungsund Kinderbetreuungseinrichtungen auf seine soziale Treffsicherheit hin zu
überprüfen und dabei die Frage zu klären, wie Kindern aus sozial schwächeren
Familien der Zugang zur institutionellen Kinderbetreuung erleichtert werden kann, damit diese die gleichen Bildungschancen erhalten wie Kinder aus sozial besser gestellten Familien.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.9 Gesperrter Wanderweg im Bezirk Ries (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit mehreren Jahren hadern die Bürger des Bezirks Ries mit einem über die Salvatorwiese führenden und gesperrten Gehweg (Grundstück Nr.: 961, EZ: 1275, KG: 63121 Stifting) im Naherholungsgebiet des Wald- und Wiesenbereichs zwischen der Billrothgasse, der Stiftingtal- und der Riesstraße. Vor einigen Jahren wurde jenes Areal seitens der Stadt Graz von der Diözese für 30 Jahre gepachtet, um das Gebiet für die Anwohner zu Erholungszwecken zu sichern.

Mit dem Verkauf des in der Nähe des Gehwegs liegenden Salvatorhofs kam es jedoch zu Problemen, über die die "Kleine Zeitung" am 18. Februar 2021 wie folgt zu berichten wusste: "Es ist ein seit Jahrzehnten genutzter Spazierweg über die Salvatorwiese nordöstlich der Billrothsiedlung, der für Wirbel sorgt und zu einer Unterschriftenaktion geführt hat. [...] Daneben liegt der Salvatorhof, an dem der Weg vorbeiging. Dieser Hof wurde von der Diözese an Zenker verkauft und von diesem um- bzw. ausgebaut. Bei den Arbeiten wurde der Weg verständlicherweise gesperrt und ein steiler Ersatzweg durch den Wald geführt. Der alte Weg wurde aber jetzt nicht mehr restauriert, derzeit wird ein Zaun und ein Tor gebaut." (Quelle:

https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5938495/Bezirk-Ries_Anrainer-kaempfen-um-Naherholungsgebiet)

Viele Anrainer fühlten sich vor den Kopf gestoßen, immerhin wurde der Spazierweg zuvor jahrzehntelang genutzt und war sogar auf Karten des Jahres 1825 eingezeichnet. Inwiefern die Berufung auf das Eigentumsrecht einer juristischen Prüfung standhält beziehungsweise eine solche seitens der Stadt Graz überhaupt durchgeführt wurde, ist unbekannt.

Bereits am 17. November 2016 brachten die Grünen, mittlerweile mit dem Amt des Vizebürgermeisters prominent in der Stadtregierung vertreten, einen Antrag ein, um die Sperre des Wegs aufzuheben. So habe man eine Liste von Personen erstellt, die bezeugen können, diesen Gehweg seit mindestens 30 Jahren regelmäßig ohne Widerspruch durch die Eigentümerin genutzt zu haben. Zudem gab es am 1. Juni 2016 einen einstimmig gefällten Beschluss des Rieser Bezirksrats, den Gemeinderat zu ersuchen, alle ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu ergreifen, um diesen Gehweg der Bevölkerung wieder zugänglich zu machen. Auch hier ist leider unbekannt, auf welche Art und Weise dieser Antrag seitens der Stadtregierung behandelt worden ist. (Quelle:

https://www.graz.at/cms/dokumente/10278295_7790954/6eeac054/Antrag%20GRin%20Pavlovec-Meixner%20Wegerhalt%20Ries.pdf)

Faktum ist, dass offenbar bislang alle Bemühungen scheiterten und alle

Versprechungen seitens der ÖVP und der Grünen nicht erfüllt wurden. So verkündete
etwa ÖVP-Bezirksvorsteher Josef Schuster am 20. Mai 2020 im "Grazer", dass "der
beliebte Wanderweg in der Ries nun endlich saniert und ausgebaut" werde.

Gleichzeitig bedankte er sich bei Stadtrat Günter Riegler, der den Bau sogar bestätigt
habe. Der Berichterstattung entstammen folgende Informationen: ",Das Problem mit
dem Durchgang durch ein Privatgrundstück wird durch eine Verlegung des

Wanderweges in Richtung Westen ebenso gelöst', erklärt der Bezirksvorsteher. Seit
Jahren mussten Wanderer und Spaziergänger eine kleine Waldpassage über ein
privates Grundstück passieren. Dank einer Adaptierung und Verlegung wird nicht nur
der Weg etwas länger, sondern befindet sich auch wieder auf öffentlichem Grund."
(Quelle: https://grazer.at/story/de/wanderweg-im-bezirk-ries-wird-noch-heuererweitert-earkQfdP)

Leider erwiesen sich die vollmundigen Versprechungen der ÖVP für den Bezirk Ries einmal mehr als leere Ankündigungspolitik. Bereits wenige Monate später, am 18. Februar 2021, alterierte sich Schuster in der "Kleinen Zeitung" wie folgt: ",Es kann nicht sein, dass Besitzer einfach solche Zugänge sperren', klagt Bezirksvorsteher Josef Schuster. [...] Bezirksvorsteher Schuster bietet als Kompromiss an, den Weg ein paar Meter von dem Wohnhaus weg zu verlegen. 'Wir werden alles tun, damit hier die Anrainer dieses Gebiet weiter nützen können', da sei er sich auch mit dem Bürgermeisteramt einig. Notfalls werde man die Gerichte bemühen müssen. 'Wenn jemand ein solches Grundstück kauft, muss ihm das beim Kauf klar sein, dass die Menschen hier spazieren gehen.'" (Quelle:

https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5938495/Bezirk-Ries_Anrainer-kaempfen-um-Naherholungsgebiet)

Warum der laut Schuster bestätigte Bau nicht erfolgte, inwiefern er mit dem Bürgermeisteramt einig war, ob er die Gerichte bemühte und welche Schritte seitens der ÖVP konkret gesetzt wurden, liegt jedenfalls völlig im Dunklen. Unterm Strich aber bleibt, dass die Problematik trotz aller medialen Inszenierung nicht gelöst wurde.

Auch die Grünen bemühten sich – leider erst fünf Jahre nach ihrem Antrag im Gemeinderat – neuerlich für den Versuch einer Lösung. So wurde in der "Woche" am 18. März 2021 berichtet, dass "vor Kurzem ein gemeinsamer Termin mit Vertretern der Stadt Graz, dem Bezirksrat und dem Eigentümer" stattfand, "um vor Ort nach möglichen Kompromissen zu suchen." Da es aber offenbar keine Personen gab, die bezeugen hätten können, den Weg seit vielen Jahren zu nutzen, habe man im Bezirksrat den Antrag gestellt, "dass die zuständigen Stellen der Stadt nachweislich mit diesen Personen Kontakt aufnehmen mögen." Die "Woche" zitierte die grüne Bezirksvorsteher-Stv. Irmtraud Eberle-Härtl wie folgt: "Die Präsidialabteilung hat mir mitgeteilt, dass diese Leute nun kontaktiert werden. Diskutiert werden müsse aber auch die Wegroute, da der Hang im Bereich der Salvatorwiese und dem Wanderweg rutscht. Die Stadt müsse demnach eine geeignete alternative Streckenführung vorschlagen. ,Nachdem der derzeitige Besitzer einen Kompromiss mit der Stadt finden möchte, hoffen wir auf eine baldige Beendigung des Konfliktes', sagt Eberle-Härtl abschließend." (Quelle: https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/ries-hoffen-aufwanderweg-loesung_a4531253)

Seit der Berichterstattung sind nunmehr fast drei Jahre vergangen, doch eine Lösung wurde nach wie vor nicht gefunden. Die ÖVP hat es zwar jahrelang verabsäumt, in ihrer Regierungsverantwortung entsprechende Maßnahmen zu setzen, doch auch die

Grünen sind als aktuelle Regierungspartei in die Pflicht zu nehmen. Es reicht nicht, mit Problemen einen Wahlkampf zu führen und sie danach – wenn man selbst in Verantwortung kommt – keiner Lösung zuzuführen.

Durch den folgenden Antrag soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz eine rasche Überprüfung aller in dieser Angelegenheit eingebrachten Petitionen, Anträge und der gesetzten Schritte und Maßnahmen erwirkt werden. Ziel muss es darüber hinaus sein, für den Bezirk Ries den für die Naherholung so wichtigen Gehweg wieder allen Anwohnern zur Verfügung zu stellen.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert,

- alle eingebrachten Petitionen, Anträge und alle gesetzten Schritte und Maßnahmen seit dem Jahr 2016, die den gesperrten Gehweg auf der Salvatorwiese betreffen (Grundstück Nr.: 961, EZ: 1275, KG: 63121 Stifting), zu evaluieren und darüber dem Gemeinderat zu berichten sowie
- 2. alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um den Weg der Bevölkerung wieder zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung zu stellen und darüber dem Gemeinderat zu berichten.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.10 Hundeaufkleber für Grazer Gastronomie (GR Katzensteiner, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

In Graz leben derzeit rund 17.000 Hunde. Die Stadt bietet ihnen und ihren
Besitzer:innen umfassende Infrastruktur- und Informationsangebote. In einem
spezifischen Punkt sind uns andere Städte allerdings einen Schritt voraus: der
Kennzeichnung der "Hundefreundlichkeit" von Gastronomiebetrieben. Als Best-Practice
Beispiel sei hier die italienische Kleinstadt Marano Lagunare genannt, in der
Tierhalter:innen sofort auf einen Blick erkennen können, ob sie ihre Tiere in die
jeweilige Lokalität mitnehmen können oder nicht.

Ein Teil der Grazer Cafés, Restaurants und Bars weist die Information, ob
Hundebesitzer:innen mit ihren vierbeinigen Begleitrn im Gastgarten- bzw. Innenbereich
Platz nehmen dürfen, bereits auf eigene Initiative hin im Eingangsbereich mit
entsprechenden Aufklebern bzw. Schildern aus. Das erspart Kund:innen mit Hunden das
Nachfragen und dem Personal das Beauskunften, indem es die nötige Information
direkt an der Tür zur Verfügung stellt.

Damit dieses Service in Zukunft noch mehr Verbreitung findet, rege ich eine Aktion von Seiten der Stadt Graz an, die sich ein Vorbild am italienischen Marano Lagunare nimmt. Naheliegend erscheint mir die Gestaltung zweier Aufkleber nach dem Ampelfarbenprinzip in Grün und Rot mit einem stilisierten Hundekopf sowie den Textzusätzen "Hunde willkommen!" bzw. "Hunde müssen draußen bleiben" o. ä., die mit einem erklärenden Begleitschreiben und der höflichen Bitte um Anbringung im Eingangsbereich. In Kooperation mit der Wirtschaftskammer sollen diese an die Grazer Gastronomiebetriebe verschickt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, in Kooperation mit der Inhouse-Agentur der Holding Graz "achtzigzehn" dem Motiventext entsprechende Aufkleber zu entwerfen und ggf. in Kooperation mit der Wirtschaftskammer an die Grazer Gastronomiebetriebe zu verschicken.



Beispiele wie die Aufkleber aussehen könnten ©Alisa Vengereova/KPÖ Graz

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.11 Auflistung der diensthabenden Notfallapotheken (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Immer wieder kommt es zu Situationen, in denen man auch außerhalb der regulären Dienstzeiten rasch medizinische Hilfe beziehungsweise Medikamente benötigt. In Graz stellt dies keinerlei Problem dar, immerhin gibt es rund um die Uhr diensthabende Apotheken. Um schnell und unkompliziert herauszufinden, welche die nächste diensthabende Apotheke ist, braucht es eine zentrale – von der Stadt Graz betriebene – Website mit einer Auflistung aller diensthabenden Apotheken.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Website mit allen diensthabenden Apotheken alsbald veröffentlicht werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.12 Jakob-Münz-Weg Oberflächenwasser (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nach den letzten Starkregenfällen wurde uns mitgeteilt, dass es am Jakob-Münz-Weg immer wieder zu Überschwemmungen kommt, da das Oberflächenwasser trotz Grünflächen nicht mehr versickern kann.

Da es am gesamten Weg keine vernünftige Oberflächenentwässerung gibt um das Regenwasser abzuführen, sind zu den bereits bestehenden Kanälen, weitere Abwassereinrichtungen dringend notwendig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann weitere Abwassereinrichtungen am Weg errichtet werden können.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.13 Parkplätze für motorisierte Zweiräder am Hauptbahnhof (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Gerade im innerstädtischen Verkehr bevorzugen viele Grazer motorisierte Zweiräder (also Mopeds und Motorräder), anstelle von Autos. Kein Wunder, ist man so oft deutlich schneller unterwegs als mit dem Auto, auch die Parkplatzsuche stellt meist ein geringeres Problem dar – zumindest in den meisten Fällen, nicht so jedoch am Grazer Hauptbahnhof. Während dort überirdisch die Fahrradparkplätze geradezu im Übermaß vorhanden sind, gibt es für Moped- und Motorradfahrer (fast) keine Möglichkeit, ihre Fahrzeuge sicher abzustellen.

Bis vor kurzem gab es in der Nähe des Eingangs des ehemaligen Hotel Ibis eine Fläche, die als Abstellplatz genutzt werden konnte, diese ist aber mittlerweile mit Betonpflöcken versperrt. Somit bleiben nur mehr die ohnehin sehr spärlich vorhandenen Parkplätze der Kurzparkzone übrig, nutzt man diese als Zweiräder kann es gut und gerne vorkommen, dass man von Autofahrern nicht nur einen bösen Blick kassiert, sondern kurzerhand eingeparkt wird.

Da Mopeds und Motorräder zweifelsohne weniger umweltbelastend sind als Autos, muss auf diese Gruppe auch dementsprechend mehr Rücksicht genommen werden. Eine Lösung wäre etwa, einen gewissen Anteil der Fahrradabstellplätze sowie der Kurzparkplätze für motorisierte Zweiräder zur Verfügung zu stellen, so wie es beispielsweise auch in der Grazer Innenstadt gehandhabt wird.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung von speziellen Parkplätzen für motorisierte Zweiräder am Grazer Hauptbahnhof möglich ist.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.14 Temporäre Geschwindigkeitsbegrenzung Radegunder Straße (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Oktober Gemeinderatssitzung 2023 stellten wir den Antrag die Verkehrssicherheit entlang der Radegunder Straße im Bereich zwischen Nordberggase und Ziegelstraße zu erhöhen, da es hier oftmals zu gefährlichen Situationen kommt. Viele Eltern sind hier entlang der Radegunder Straße auf dem Weg zur Kinderbetreuungseinrichtung.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann

eine temporäre Geschwindigkeitsbeschränkung eingeführt werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.15 Verkehrslösung Costellagasse

(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten hat sich die Costellagasse zu einer beliebten

Parkgasse entwickelt. Nicht nur die sich dort befindliche Kinderkrippe sorgt für Park-

und Verkehrsdruck, sondern auch weitere "Gäste", die sich dem Rest anschließen. Dies

führt zu einer enormen Belastung der Anrainer in puncto Lärm und

Verkehrsaufkommen.

Daher sollen Maßnahmen ergriffen werden, die Bewohner der Gasse zu schützen und

diese idealerweise gemeinsam mit den Bewohnern zu erarbeiten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Lösung für die Costellagasse erarbeitet und umgesetzt werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.16 Wiederherstellung der öffentlichen Anbindung in der Algersdorfer Straße (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die notwendige Sanierung der Eisenbahnbrücke Peter-Tunner-Gasse ist eine Totalsperre der Unterführung bis 2026 notwendig, weswegen auch die Buslinien 65 und 62 sowie die Straßenbahnlinie 1 anders geführt werden muss. Durch die neue Streckenführung fehlt allerdings die öffentliche Anbindung in der Algersdorfer Straße (siehe Markierung), auch das UKH Graz/LKH West ist nicht mehr mit der Linie 62 erreichbar. Da sich in der Algersdorfer Straße ein Kindergarten, eine Volksschule, NMS, sowie ein Altersheim befindet, und sich entlang der Straße viele Wohnbauten befinden, ist es enorm wichtig, dass dieses Teilstück wieder an den öffentlichen Verkehr angebunden ist. Eine Möglichkeit ist unter Umständen analog zum zweigleisigen Ausbau der Linie 5, das GustMobil anzubieten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine lückenlose Anbindung der Algersdorfer Straße an den öffentlichen Verkehr schnellstmöglich wieder sichergestellt werden kann.



Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.17 Zebrastreifen in der Alten Poststraße (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Alte Poststraße ist zweifelsohne eine der stärker frequentierten Straßen in Graz.

Daher erscheint es umso unverständlicher, dass es an einigen Punkten für Fußgänger nicht möglich ist, die Straße sicher zu überqueren.

Einer dieser Punkte ist gleich zu Beginn der Alten Poststraße, knapp unter der Gabelung "Alte Poststraße/Göstinger Straße" (siehe Foto). Hier fehlt eindeutig ein sicherer Übergang, vor allem da hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten suggeriert wird, dass es hier die Möglichkeit zur sicheren Überquerung gäbe. Einerseits ist der Gehsteig auf beiden Seiten abgeflacht, was vermuten lässt, dass hier ein Schutzweg wäre, andererseits verläuft hier der Fuß- und Radweg zuerst auf der östlichen, dann auf der westlichen Straßenseite und quert ebenfalls an genau dieser Stelle die Alte Poststraße. Noch dazu kommt, dass sich auf der östlichen Straßenseite - wo sich kein durchgehender Gehsteig bis zur nächsten Kreuzung befindet – eine Arztpraxis befindet, die nur ungesichert erreicht werden kann.

Abgesehen davon befinden sich in der unmittelbaren Umgebung zahlreiche Siedlungen, auch für deren Bewohner muss der sichere Übergang gewährleistet werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung eines Schutzweges möglich ist.





Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.18 Zebrastreifen in der Anton-Gerstl-Straße (KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Kreuzung Anton-Gerstl-Straße/ Alte Poststraße stellt immer wieder eine Gefahrenquelle dar. Einerseits fehlt hier ein Zebrastreifen, andererseits fehlen rund drei Meter Gehsteig, um das lückenhafte Gehsteignetz zu schließen. Da sich auf der nördlichen Seite der Anton-Gerstl-Straße außerdem eine Bushaltestelle und unmittelbar südlich der Anton-Gerstl-Straße eine Kinderbetreuungseinrichtung befindet, wäre eine

Erweiterung des Gehsteigs und in weiterer Folge die Errichtung eines Zebrastreifens essentiell, um das sichere Überqueren der Straße gewährleisten zu können.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung eines Schutzweges sowie die Erweiterung des Gehsteigs möglich ist.



Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.19 Kerschhoferweg Hinweistafeln und Tempomessgerät (GR Schleicher, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In Bürgergesprächen wurde uns mitgeteilt, dass es am Kerschhoferweg immer wieder zu bedrohlichen Situationen aller Verkehrsteilnehmer kommt.

Insbesondere ist es für die Anrainer gefährlich mit dem Auto vom Grundstück aus in den Kerschhoferweg einzubiegen, aber auch als Fußgänger ist das sichere Überqueren mit Risiken verbunden.

Nicht selten wird die 30 Km/h Beschränkung überschritten und so Gefahrensituationen provoziert. Durch die Anhöhe kommt es nicht nur bergab zu höheren Fahrgeschwindigkeiten, sondern durch die Beschleunigung der Kraftfahrer, auch beim Bergauffahren.

Die Bewohner wünschen sich hier Hinweistafeln (keine Wiederholung der üblichen 30er Tafeln), die auf die 30er Beschränkung verweisen in der Hoffnung, dass es dadurch zu einer Sensibilisierung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer kommt.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Umsetzung möglich ist, beziehungsweise die Situation anderweitig verbessert werden kann.



Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.20 Let's go Senior:innen (GR Sikora, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Mit "LET'S GO Bezirkssportplätze" fand 2023 ein vom ASVÖ organisiertes, wöchentliches und nachhaltiges Trainingsprogramm für Senior:innen und Junggebliebene an einigen ausgesuchten Bezirkssportplätzen statt.

Von Mai bis Ende Oktober und immer am gleichen Tag zur gleichen Zeit fanden wöchentlich organisierte Trainingsprogramme statt.

Von November bis April ist jedoch das Angebot an Trainingsprogrammen für Senior:nnen und Junggebliebene sehr stark dezimiert bzw. in vielen Grazer Bezirken gar

nicht vorhanden. Dabei wäre es gerade auch in den dunkeln Wintermonaten im fortgeschritten Alter besonders wichtig, regelmäßig sportliche Aktivitäten auszuüben! Eine Möglichkeit wäre da, von Seiten des Sportamtes in Kooperation mit der ASVÖ, Trainingsprogramme in unseren städtischen Schulen zu den Abendstunden anzubieten. Der große Vorteil an so einem Angebot liegt auch darin, dass es in jedem Grazer Bezirk städtische Schulen mit Turnhallen gibt und so das Angebot auf das ganze Grazer Stadtgebiet ausgeweitet werden kann.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht mit den zuständigen Stellen zu evaluieren, ob wie im Motivenbericht beschrieben, das Trainingsprogramm für Senior:innen und Junggebliebene in den Wintermonaten ausgeweitet werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.21 Öffentliches WC bei der Endstation Wetzelsdorf der Straßenbahnlinie 7 (GR Mag. Winter, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In mehreren Bürgergesprächen wurde uns mitgeteilt, dass an der Straßenbahnendhaltestelle Wetzelsdorf der Linie 7, immer wieder Fahrgäste und auch andere Personen ihre Notdurft verrichten.

Da es in näherer Umgebung keine öffentliche WC-Anlage gibt, werden teilweise sogar Privatgärten aufgesucht und Müll und Fäkalien hinterlassen.

Dieser Missstand ist für die Bewohner nicht nur im Sinne der Reinigung ärgerlich, sondern stellt auch hygienisch eine gesundheitliche Gefahr dar.

Eine zukünftige öffentliche WC-Anlage z.B ö-Klo (Mann/Frau getrennt) mit
Hinweistafeln, wäre in den Pausen auch für die Straßenbahnfahrer begrüßenswert. Hier
könnte man sogar über ein separates WC für die Fahrer nachdenken.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage mit klaren und deutlichen Hinweistafeln an den Endhaltestellen, sowie ein separates WC für Straßenbahnfahrer möglich ist.



Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.22 Pflasterung der Nebenwege zwischen Staatsbahnstraße und Wiesengasse (GR Mag. Winter, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anlässlich mehrerer Bürgergespräche wurde nach einer zusätzlichen Begehung festgestellt, dass die Nebenwege von der Staatsbahnstraße bis hin zur Wiesengasse (die miteinander verbundenen Fußwege von Staatsbahnstraße über Kurze Gasse über Florianigasse über Martingasse über Buchkogelgasse über Wiesengasse zu Lazarettgürtel), größtenteils unbefestigt sind.

Durch die Pflasterung oder sonstiger Begradigung/Befestigung wäre nicht nur die Begehung der Wege, sondern auch die Reinigung inkl. Winterdienst wesentlich einfacher.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Umsetzung möglich ist.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt

Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

um 20:40.	
Die Vorsitzenden:	
Bürgermeisterin Elke Kahr	Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. ^a Judith Schwentner
Stadtrat Manfred Eber	
Schriftführer und Schriftprüfer:	
Der Schriftführer: Wolfgang Polz	Der Schriftprüfer: GR Tristan Ammerer

wörtliches Protokoll erstellt von: Schriftleitung